



Presseinformation

Nr. 188/2003

Kiel, Dienstag, 24. Juni 2003

Schulpolitik/Unterrichtsmedien/Neuordnung der Medienversorgung

Ekkehard Klug: Land schockt die Schulen durch Neuordnung der Medienversorgung

Durch ein rund eine Woche vor Ferienbeginn eingegangenes Schreiben des „IQSH“ (Landes-Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen) sehen sich schleswig-holsteinische Schulen vor erheblich verschlechterte Bedingungen für die Beschaffung von Unterrichtsmedien - Filmen, Videos, DVDs, CDs – gestellt. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, hat nach Hinweisen aus dem Schulbereich die Angelegenheit aufgegriffen und hierzu heute eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

Klug sieht in der den Schulen vom IQSH mitgeteilten Neuordnung der Medienversorgung eine Kostenverschiebung von den bisherigen Trägern der Landes-, Kreis- und Stadtbildstellen bzw. Medienzentren hin zu den einzelnen Schulen. Die Schulen müssten künftig z.B. Videofilme für Unterrichtszwecke zu Preisen von 20 bis über 50 € kaufen. Bisher hätten sie solche Unterrichtsmedien teils gegen geringe Gebühren und teils kostenlos ausleihen können. In den ohnehin knapp bemessenen Schulbudgets für Lehr- und Lernmittel sei kein Spielraum für solche zusätzlichen Ausgaben, kommentierte der FDP-Bildungsexperte die neue Situation. Im laufenden Jahr seien in den Budgets der Schulen vielfach überhaupt keine Mittel mehr für derartige Zwecke verfügbar. Es sei daher zu erwarten, dass die Nutzung solcher Unterrichtsmedien künftig sehr stark zurückgeschraubt werde, meinte Klug. Für viele Fächer - Naturwissenschaften, Sprachen, Erdkunde, Geschichte und Wirtschaft/Politik - bedeute dies erhebliche qualitative Einbußen im Unterricht.

„Während andernorts die Nutzung von Unterrichtsmedien ausgebaut wird, tritt Schleswig-Holstein in diesem Bereich zu Lasten der Schulen kräftig auf die Bremse“, meinte Klug. Es sei geradezu ein Witz, wenn das IQSH den Schulen jetzt zur Beruhigung mitteile, in der Startphase würde „voraussichtlich der Kauf der Medien durch die Schulen in vielen Kreisen subventioniert“, und die Schulen könnten über derzeit 160 ein- bis vierminütige „Medienmodule“ kostenlos als Download vom Landesbildungsserver verfügen. Für die Schulen seien solche „Gratis-Videoclips“ kein Ersatz für richtige Unterrichtsmedien.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung -

Neuordnung der Medienversorgung der schleswig-holsteinischen Schulen

Ich frage die Landesregierung:

1.

a. In welcher Form ist in Schleswig-Holstein bislang die Medienversorgung der Schulen (durch Medienzentren bzw. Bildstellen auf Landes- bzw. Kreis- oder Stadtebene) organisiert?

b. Wie ist bislang die Finanzierung dieser Einrichtungen geregelt?

c. Welcher finanzielle Aufwand wurde dafür zuletzt jährlich in welcher Höhe und durch wen getragen?

d. Welche Kosten bzw. Gebühren wurden bislang den Schulen bei Ausleihe von Filmen, Videos, DVDs bzw CDs berechnet?

2. Trifft es zu, dass den Schulen jetzt durch ein Schreiben des IQSH wenige Tage vor Beginn der Sommerferien eine Neuorganisation der Medienversorgung bekannt gegeben worden ist?

3.

a. Inwiefern ändern sich damit künftig für die Schulen die Konditionen für die Beschaffung von Unterrichtsmedien ?

b. Trifft es zu, dass die Schulen künftig Videofilme u.a. Medien für Unterrichtszwecke kaufen müssen, statt sie ausleihen zu können?

c.

Welche Lizenz- bzw. Nutzungsrechte werden mit den künftig von Schulen zu erwerbenden Unterrichtsmedien verbunden sein?

4.

a. Über welche Modell- bzw. Beispielrechnungen verfügt die Landesregierung ggf. im Hinblick auf die dadurch einer Schule künftig entstehenden Kosten? Um welche – ggf. geschätzten – Beträge handelt es sich dabei pro Schuljahr ?

b. Welche – ggf. geschätzte – Kostenbelastung ergibt sich daraus für die Schulen des Landes?

c. In welchem Umfang entstehen ggf. bei den Trägern der bisherigen Organisation der Medienversorgung im Schulbereich (Stadt-, Kreis-, Landesmedienzentren) Einsparungen?

5. Wie begegnet die Landesregierung dem Vorwurf, dass es sich hierbei um eine Kostenverschiebung von den bisherigen Trägern der Medienzentren bzw. Bildstellen zu Lasten der einzelnen Schulen und der diesen zur Verfügung stehenden Lehr- und Lernmittelbudgets handelt?

6. Wie begegnet die Landesregierung dem Vorwurf, dass sich die Schulen durch die ihnen kurz vor Beginn der Sommerferien mitgeteilte Neuregelung vor das Problem gestellt sehen, in ihren laufenden Jahresbudgets keine Mittel für die Anschaffung solcher Unterrichtsmedien im neuen Schuljahr eingeplant zu haben?

7. Wie begegnet die Landesregierung dem Vorwurf, dass die Schulen angesichts der vorgenannten Umstände gezwungen sein werden, in erheblichem Umfang auf die bislang übliche Nutzung solcher Unterrichtsmedien zu verzichten?

Dr. Ekkehard Klug